

Rede
von
Jochen Flasbarth,
Präsident des Umweltbundesamtes,
auf der Festveranstaltung zur Präsentation
„Boden des Jahres 2014“
am 5. Dezember 2013
in Berlin

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst möchte auch ich mich den Glückwünschen an Sie, liebe Frau Prof. Frielinghaus, anschließen.

Ohne Sie als Vorsitzende des Kuratoriums Boden des Jahres stünden wir heute nicht dort, wo wir jetzt sind.

Nicht nur der Boden des Jahres sondern auch die Veranstaltungen zum Weltbodentag sind zu einer festen Tradition geworden. Gerne haben wir schon 2008 die Veranstaltung der Kommission Bodenschutz beim Umweltbundesamt nach Berlin verlegt. So konnten wir beide Veranstaltungen verbinden und zu einem besonderen Ereignis – nicht nur für Bodenwissenschaftler – machen.

Das Kuratorium hatte bereits mit der Wahl der Schwarzerde als ersten Boden des Jahres 2005 eine Liste weitere Böden zusammengestellt. Die Mitglieder waren seinerzeit also optimistisch, dass es nicht nur bei einem Minutenboden bleibt, sondern der Boden

des Jahres sich in der Veranstaltungslandschaft auch in den Folgejahren behauptet. Und so ist es auch gekommen: Die Böden des Jahres haben in den letzten zehn Jahren einen Wandel in der Wahrnehmung herbeigeführt, auch weil sich ihre Darstellung immer mehr verbessert hat. Das mag auch daran liegen, dass wir nicht belehrend auf die Probleme wie Kontamination, Klimawandel oder Übernutzung hinweisen, sondern die Schönheit, die Einzigartigkeit und die Bedeutung der Böden für die Menschen in den Fokus rücken.

Wenn ich „wir“ sage und dabei das Umweltbundesamt mit einbeziehe, freue ich mich über die einstige Entscheidung des Amtes die Aktion Boden des Jahres zu fördern. Das werden wir so auch weiter machen.

Mit dem Boden des Jahres 2014, dem Weinbergsboden, haben Sie einen Boden ausgesucht, bei dem vielen sein Nutzen und Wert unmittelbar

deutlich wird. Weinkenner – und als Rheinländer muss ich wenigsten etwas darüber wissen – verbinden Wein und Weingenuss mit dem Terroir, der Verbindung zwischen Boden und Klima. Wie meine Vorredner ausführten, gibt es viele Kombinationen, die die Weine – auch die deutschen – zu einer begehrten Ware im In- und Ausland machen. Gleichzeitig sind die Weinterrassen, manchmal hunderte Jahre alt, ein Beispiel für die Gestaltung der Kulturlandschaft in Mitteleuropa. Wie gerade in der Presse zu lesen war, bestehen in Deutschland zunehmend Probleme, gerade die traditionellen Hangflächen weiter ökonomisch zu bewirtschaften – das wäre ein großer Verlust.

Doch diese Verluste sind nichts im Vergleich mit den weltweiten Bodenproblemen. Aber wir thematisieren den Boden des Jahres ja auch immer nur als Beispiel und Anlass, um die Sensibilität für den Bodenschutz generell zu erhöhen.

Lassen Sie mich daher zum Tag des Bodens auch die weltweiten Probleme des Schutzes und der Erhaltung fruchtbarer Böden ansprechen. Die demografische Entwicklung und das sich verändernde Essverhalten in Richtung größeren Fleischkonsums weltweit führen zu einem höheren Bedarf an Nahrungs- und Futtermitteln. Gleichzeitig steigt der Anbau von Biomasse für erneuerbare Energien. Damit wird die Bodennutzung wirtschaftlich interessanter. Die Konkurrenz in der Nutzung steigt jedoch auch. Es gibt nicht mehr nur das Problem Flächenverbrauch meist landwirtschaftlichen Bodens durch die Ausweitung der Siedlungs- und Verkehrsfläche, sondern auch innerhalb der agrarischen Nutzung wetteifern Teller, Trog und Tank miteinander. Die Förderung durch Flächenprämie und erneuerbare Energien führt dazu, dass sich auch Nicht-Landwirte für Investitionen in Boden interessieren.

International haben die Agrarinvestitionen deutlich zugenommen. Das ist wie so oft Risiko und Chance

zugleich. Die negativen Aspekte sind uns unter dem Begriff „land grabbing“ inzwischen leider vertraut.

Von Seiten verschiedener

Nichtregierungsorganisationen aber auch von der FAO werden freiwillige Vereinbarungen favorisiert, die die Landnutzung und die Landrechte regeln sollen. Ein aus unserer Sicht richtiger Weg. Meldungen aus den Medien, dass indische Konzerne in Äthiopien 30.000 Hektar Wald in Ölpalmen und 10.000 Hektar Feuchtgebiete in Reisplantagen umwandeln wollen, machen genauso besorgt, wie die 3 Millionen Hektar, die China in der Ukraine pachten will. Letzteres ist eine Fläche so groß wie Brandenburg.

Auch in Deutschland wird zunehmend von Nicht-Landwirten in Landwirtschaft investiert, insbesondere in den neuen Bundesländern. Zu nennen sind hier Firmen wie Steinhoff, Fielmann oder Thomas Phillipps, die wir eigentlich aus anderen Wirtschaftsbereichen

kennen. Glücklicherweise haben wir in Deutschland insgesamt gute Regelungen im Bereich Eigentums- und Umweltrecht. Somit sind Verwerfungen wie in Entwicklungsländern nicht zu befürchten. Eine Reihe von Landwirten, besonders Ökobetriebe, sehen jedoch mit Sorge den Anstieg der Pachtpreise.

Der fünfte UNEP-Global-Environment-Outlook-Bericht weist aus, dass die landwirtschaftliche Ackerfläche seit dem Jahr 2007 wieder zunimmt, zu Lasten des Grünlands und nach wie vor zu Lasten der Wälder und Feuchtgebiete. Gleichzeitig steigt der Anteil der Böden, die degradieren, also ihre Funktion als Nahrungsgrundlage verlieren. Mehr als 15 Millionen Hektar sind jährlich von Erosion bedroht, die Wüstenbildung steigt trotz internationaler und nationaler Anstrengungen weiter an. Mit den zunehmenden Schwankungen der Nahrungsmittelpreise seit 2008 sind die Böden stärker in das Blickfeld gerückt. Auch die Notwendigkeit des

stärkeren Schutzes der kohlenstoffreichen Böden, also insbesondere der Moore und Auen, aus Klimaschutzgründen ist in den Medien und damit in der Öffentlichkeit angekommen.

In Rio ist es uns 2012 gelungen, das Thema Boden stärker in den Fokus der Öffentlichkeit zu rücken. Die Nachhaltigkeitskonferenz hat sich 20 Jahre nach der ersten am gleichen Ort dafür ausgesprochen, eine Welt ohne Bodendegradation anzustreben. Der Terminus „Land Degradation Neutral World“ ist absichtlich gewählt und lässt Raum sowohl für den dringend notwendigen vorsorgenden Bodenschutz als auch für die Nachsorge, das heißt, geschädigte Böden und deren Funktionen wieder herzustellen. Die Erarbeitung von globalen Nachhaltigkeitszielen, den „Global Sustainable Development Goals“ ist dafür ein wichtiger Schritt. Das Umweltbundesamt beteiligt sich intensiv an dieser Diskussion. Auch die „Global Soil Partnership“ der FAO weist in die richtige Richtung,

hier geht es um freiwillige Teilnahme an fünf

Schwerpunkten des Schutzes unserer Böden:

- Verbesserung der Nachhaltigen Bodennutzung,
- Investition in den Bereich Bodennutzung und Bodenschutz,
- eine bessere Förderung der Bodenforschung,
- Aktualisierung und Verbesserung unseres Wissens über den Zustand der Böden und den Informationsaustausch sowie
- die Ausgestaltung von Standards für Methoden, Indikatoren und Maßnahmen zum Schutz der Bodenressource.

Vom 26. bis 31. Oktober 2013 fand in Berlin in diesem Jahr zum zweiten Mal die „Global Soil Week“ statt.

Knapp 400 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus 71

Ländern haben diskutiert, wie wir Bodenbelange

stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit bringen

können. Dies war keine Veranstaltung mit politischem

Mandat, wie etwa die Klimaverhandlungen, die vor

zwei Wochen in Warschau zu Ende gegangen sind. Aber im Abschlusspapier sind Vorschläge enthalten, die auch an die Politik gerichtet sind, zum Beispiel die Begrenzung der globalen Auswirkungen der Bodendegradation, die die Bodenfruchtbarkeit maßgeblich beeinflusst.

Also, auf internationaler Ebene tut sich etwas.

Die Europäische Kommission hat am 2. Oktober in einer Pressemitteilung über ihr REFIT-Programm, also die Überprüfung von EU-Regelungen, informiert. Unter den Richtlinien, die noch als Entwurf vorliegen und geprüft werden, fällt auch die EU-Boden-Rahmenrichtlinie. Hier in diesem Auditorium wissen Sie alle, dass Deutschland unter den fünf Mitgliedstaaten ist, die diesen Entwurf seit 2006 ablehnen. Sie wissen sicherlich auch, dass das Umweltbundesamt sich immer für die inhaltliche Diskussion zu einem europaweiten Bodenschutz ausgesprochen und eine EU-Boden-Rahmenrichtlinie befürwortet hat. Die

Kommission hat jetzt angekündigt, den Richtlinienentwurf zurückzuziehen und die Mitgliedstaaten gebeten, ihre Vorstellungen für einen europäischen Bodenschutz zu unterbreiten.

Von den 22 Mitgliedstaaten, die sich immer für eine Richtlinie zum Bodenschutz ausgesprochen haben, war in den vergangenen Wochen zumindest öffentlich nichts zu hören oder zu lesen. Wenn dies so bleibt, ist davon auszugehen, dass der Entwurf der Boden-Rahmenrichtlinie zurückgezogen wird.

Was also ist die Alternative?

Wir haben immer noch die Europäische Bodenschutzstrategie, die in den Diskussionen nicht in Frage gestellt wird. Diese 14 Seiten Text reichen sicher nicht aus, um einen wirksamen europäischen Bodenschutz zu gestalten. Denn ein wesentlicher Teil – der Verweis auf die Rahmenrichtlinie – fällt weg. Für

den europäischen Bodenschutz gibt es jetzt also nicht weniger, sondern mehr zu tun. Es gilt wesentliche Inhalte aus dem Entwurf der Rahmenrichtlinie jetzt in der Strategie unterzubringen. Das ist es, was wir anstreben müssen, auch wenn die Ziele und Vorschläge nicht verbindlich sind. Möglich sind aber auch Regelungen in anderen Rechtsbereichen wie Wasser und Luft. Die Luftqualitäts-Richtlinien regeln den Eintrag von Schadstoffen auf dem Luftpfad unter anderem durch die Festlegung von Konzentrationsgrenzwerten in der Umgebungsluft. Diese Methodik könnte um Depositionsgrenzwerte für Schwermetalle und anderes ergänzt werden, wie sie bereits im Zuge der Anlagengenehmigung in der TA Luft festgelegt sind. Ferner spricht sich das Umweltbundesamt schon lange für einen Grenzwert für Cadmium aus, auch für Uran, in europäischen Düngemitteln. Des Weiteren bietet die nationale Umsetzung der GAP-Reform Chancen, den Bodenschutz zu stärken. Ich denke dabei

insbesondere an die vorgesehene Ausweisung von ökologischen Vorrangflächen in der 1. Säule der Agrarfinanzierung, die immerhin 5 Prozent der Acker- und Grünlandflächen umfassen sollen. Hier fallen mir Blühstreifen und Gewässerrandstreifen ein, die der Biodiversität und dem Bodenschutz nützen. Ich denke auch, dass eine Altlastenrichtlinie zumindest den Bereich des nachsorgenden Bodenschutzes wirkungsvoll abdecken könnte.

Ich fordere Sie alle auf, ob in der Forschung, in den Verbänden oder in den Bodenschutzverwaltungen, diese Möglichkeiten zu prüfen und zu nutzen. Dabei sind Aktionen wie diese, die Präsentation eines „Boden des Jahres“ wichtig. Sie erreichen die Öffentlichkeit, wecken Interesse und weisen auf die Probleme hin. Ich möchte Sie auch zu der morgigen Veranstaltung der Kommission Bodenschutz beim Umweltbundesamt im Presse- und Informationszentrum der Bundesregierung einladen. Wir stellen die Frage „Wie viel Boden

brauchen wir?“ und möchten diese gerne mit Ihnen diskutieren.

Eine Reduktion dieser Frage auf den Flächenverbrauch wäre zu wenig. Denn die Frage muss lauten: „Wie viel Boden brauchen wir – und wofür?“

Im Koalitionsvertrag von Union und SPD wird das Thema unter dem Motto „gebrauchen statt verbrauchen“ angesprochen. Aber zu intensiver Gebrauch kann zu irreparablen Schäden und damit auch zum Verbrauch führen. Die Frage der Erhaltung der Bodenqualität – die nachhaltige Bodennutzung – muss also beim „Gebrauch“ immer mitgedacht werden. Lassen Sie uns alle nach diesem Motto Bodenschutz gestalten. Der Welttag des Bodens ist nur eine Möglichkeit. Auch das angestrebte UN-Jahr der Böden 2015 wird uns helfen, unsere Fragen und

Empfehlungen an die Akteure, Bodennutzer, Politiker
und an die Öffentlichkeit zu tragen.

Wenn auch Bodenbildung in der Natur in geologischen
Zeiträumen stattfindet, für die Bodenbildung in den
Köpfen haben wir nicht so viel Zeit. Lassen Sie uns
gemeinsam in dieser Arbeit fortschreiten.